

## ***Inhaltsverzeichnis***

<b>§§ Bezeichnung</b>	<b>Seite</b>
1 Name, Sitz, Geschäftsjahr .....	2
2 Vereinszweck .....	2
3 Gemeinnützigkeit .....	2
4 Selbstlosigkeit .....	2
5 Amtsbezeichnungen .....	2
6 Ehrenamtlichkeit, Aufwendungsersatz, Vergütungen .....	2
7 Verbandsmitgliedschaften .....	3
8 Mitgliedschaften .....	3
9 Erwerb der Mitgliedschaft .....	3
10 Ehrenmitgliedschaft, Ehrungen .....	3
11 Beendigung der Mitgliedschaft .....	3
12 Beiträge, Umlagen, Gebühren .....	4
13 Rechte der Mitglieder .....	5
14 Pflichten der Mitglieder .....	5
15 Stimmrecht und Wählbarkeit .....	5
16 Organe .....	6
17 Mitgliederversammlung .....	6
18 Einberufung der Mitgliederversammlung .....	6
19 Anträge an die Mitgliederversammlung .....	6
20 Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung .....	7
21 Ablauf und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung .....	7
22 Vereinsvorstand .....	7
23 Ehrenrat .....	9
24 Aufgaben des Ehrenrats .....	9
25 Eigenständigkeit der Jugend .....	9
26 Amtsduer .....	9
27 Protokollierung von Beschlüssen .....	9
28 Versammlungsordnung .....	10
29 Haftung, Haftungsbeschränkungen .....	10
30 Kassenprüfung .....	10
31 Ordnungen .....	11
32 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten .....	11
33 Weitergabe von Daten .....	11
34 Veröffentlichung von Daten .....	11
35 Dauer der Datenspeicherung .....	11
36 Anrufung ordentlicher Gerichte .....	12
37 Satzungsänderungen .....	12
38 Auflösung des Vereins .....	12
39 Anfallsberechtigung .....	12
40 Salvatorische Klausel .....	12
41 Inkrafttreten .....	12

**§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr**

1. Der Verein führt den Namen "Judo-Club Peine e.V." und hat seinen Sitz in Peine.
2. Der Verein ist ideeller Nachfolger des im Herbst 1971 aufgelösten "Judo-Verein Klein Ilsede" und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Hildesheim (Registernummer: VR 160145) eingetragen.
3. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

**§ 2 Vereinszweck**

1. Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports.
2. Der Verein ist parteipolitisch neutral. Er vertritt die Grundsätze religiöser, ethnischer und weltanschaulicher Toleranz und verurteilt jegliche Form von Gewalt, unabhängig davon ob sie körperlicher, seelischer oder sexueller Art ist.
3. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch:
  - a) Das bevorzugte Betreiben des Judosports,
  - b) Abhaltung von geordnetem Wettkampf- und Übungsbetrieb,
  - c) Teilnahme an sportlichen Wettkämpfen,
  - d) Durchführung von sportlichen Veranstaltungen,
  - e) Einsatz fachlich vorgebildeter Übungsleiter/innen,
  - f) Förderung der sportlichen Jugendarbeit,
  - g) Besondere Sportangebote, Kurse (auch für Nichtmitglieder).

**§ 3 Gemeinnützigkeit**

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

**§ 4 Selbstlosigkeit**

1. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel, des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
3. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden sowie bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

**§ 5 Amtsbezeichnungen**

Soweit in dieser Satzung bei der Bezeichnung von Satzungämtern u.ä. die männliche Form gebraucht wird, sind Männer und Frauen in gleicher Weise angesprochen. Die Verwendung der männlichen Bezeichnung dient allein der Vereinfachung und der Lesbarkeit dieser Satzung.

**§ 6 Ehrenamtlichkeit, Aufwendungsersatz, Vergütungen**

1. Alle Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
2. Im Rahmen der haushaltrechtlichen Möglichkeiten kann bei Bedarf auf der Grundlage eines Dienstvertrages die Aufgabe entgolten oder eine angemessene Aufwandsentschädigung (z.B. nach § 3 Nr. 26a EStG) gezahlt werden. Gezahlt werden können auch Entschädigungen für Zeitaufwand (z. B. Sitzungsgeld). Maßstab der Angemessenheit ist die gemeinnützige Zielsetzung des Vereins.
3. Die Entscheidung hierüber trifft die Mitgliederversammlung.
4. Vereinsmitglieder und Mitarbeiter haben einen Ersatzanspruch für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind und die sie den Umständen nach für erforderlich halten dürfen. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon, Büromaterial etc.
5. Der Anspruch kann nur innerhalb einer Frist von einem Jahr nach der Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.
6. Vom Vereinsvorstand können durch Beschluss Pauschalen festgesetzt werden.
7. Weitere Einzelheiten können in einer Finanz- bzw. Haushaltssordnung geregelt werden, die von der Mitgliederversammlung erlassen wird.

- 
8. Mitglieder des Vereinsvorstands können anstelle einer Entschädigung nach Ziffer 2 für ihre Tätigkeit eine angemessene, auch pauschale, Vergütung auf der Basis eines Dienstvertrages im Rahmen des von der Mitgliederversammlung genehmigten Budgets erhalten. Die Entscheidung hierüber trifft die Mitgliederversammlung.  
Maßstab der Angemessenheit ist die gemeinnützige Zielsetzung des Vereins.
  9. Im Rahmen des von der Mitgliederversammlung genehmigten Haushaltsplans dürfen Tätigkeiten im Dienste des Vereins (z.B. Übungsleiter, Trainer, Helfer) angemessen vergütet werden. Die Grundsätze und das Beschlussorgan legt die Mitgliederversammlung fest.

## **§ 7 Verbandsmitgliedschaften**

1. Der Verein ist Mitglied des Landessportbundes Niedersachsen e.V., des Kreissportbundes Peine e.V. und der Landes- oder Bundesfachverbände, deren Sportarten im Verein betrieben werden. Weitere Mitgliedschaften können beschlossen werden, wenn diese im Sinne des Vereins sind.
2. Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Bestimmungen der genannten Verbände als verbindlich an und regelt im Einklang mit diesen seine Angelegenheiten selbstständig.
3. Die Mitglieder des Vereins unterwerfen sich durch ihren Beitritt zum Verein den Satzungen, Ordnungen und Bestimmungen der Verbände. Soweit danach Verbandsrecht gilt, überträgt der Verein seine Ordnungsgewalt auf diese Verbände.

## **§ 8 Mitgliedschaften**

Der Verein besteht aus

- a) ordentlichen Mitgliedern (Aktive und Passive),
- b) fördernden Mitgliedern,
- c) Ehrenmitgliedern.

## **§ 9 Erwerb der Mitgliedschaft**

1. Ordentliches Mitglied kann jede natürliche und juristische Person werden, die die Ziele des Vereins unterstützt. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vereinsvorstand.
2. Der Aufnahmeantrag Minderjähriger und Geschäftsunfähiger bedarf der Unterschrift eines gesetzlichen Vertreters.
3. Die schriftliche Ablehnung des Aufnahmeantrags, die nicht begründet sein muss, durch den Vereinsvorstand, muss innerhalb von sechs Wochen nach Eingang erfolgen, ansonsten gilt der Antrag als angenommen.
4. Förderndes Mitglied kann jede natürliche Person, die das 18. Lebensjahr vollendet hat, und jede juristische Person werden, die dem Verein angehören will, ohne sich in ihm sportlich zu betätigen. Für die Aufnahme gelten die Ziffern 1 bis 3 entsprechend.
5. Ein passives Mitglied muss sich aktiv melden, wenn es mehr als viermal im Jahr am Sportbetrieb teilgenommen hat.

## **§ 10 Ehrenmitgliedschaft, Ehrungen**

1. Vereinsmitglieder und weitere Personen, die sich in besonderer Form für den Sport und/oder den Verein eingesetzt und/oder verdient gemacht haben, können vom Verein besonders geehrt werden. Einzelheiten regelt eine von der Mitgliederversammlung zu beschließende Ehrungsordnung.  
Die Ernennung erfolgt auf Lebenszeit.
2. Anträge auf Ehrungen müssen vier Wochen vor dem Verleihungstermin beim Vereinsvorstand eingereicht werden.
3. Die Ernennung zu Ehrenvorsitzenden oder zu Ehrenmitgliedern erfolgt von der Mitgliederversammlung.  
Ehrenmitglied kann auch eine natürliche Person werden, die noch nicht Mitglied im Verein ist.
4. Ehrenmitglieder haben die gleichen Rechte wie ordentliche Mitglieder. Sie sind von der Beitragspflicht befreit.
5. Nach insgesamt 50-jähriger Vereinszugehörigkeit wird vom Vorstand automatisch die Ehrenmitgliedschaft beantragt. Die Vereinszugehörigkeit kann dabei unterbrochen sein.
6. Ehrungen können nur auf Beschluss der Mitgliederversammlung widerrufen werden, wenn sich das entsprechende Mitglied grob unsportlich oder grob vereinsschädigend verhalten hat.

## **§ 11 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet durch
  - a) Austritt,
  - b) Ausschluss,
  - c) Tod.
2. Der Austritt ist dem Vereinsvorstand schriftlich zu erklären. Er ist nur zum 01.04. oder 01.10. eines Jahres unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zulässig. Der Vereinsvorstand kann in begründeten Fällen Abweichungen von dieser Regelung zulassen.
3. Die Mitgliedschaft endet automatisch
  - a) mit dem Tod einer natürlichen Person,
  - b) mit Rechtskraft des Auflösungsbeschlusses oder des Insolvenzeröffnungsbeschlusses einer juristischen Person.

Rechtsnachfolger haben keinen Anspruch auf eine zeitanteilige Erstattung von Mitgliedsbeiträgen.
4. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden wegen
  - a) erheblicher Verletzungen satzungsmäßiger Verpflichtungen,
  - b) eines schweren Verstoßes gegen die Ziele und Interessen des Vereins,
  - c) groben unsportlichen Verhaltens.
5. Über den Ausschluss entscheidet der Vereinsvorstand mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Vor der Entscheidung ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich mündlich oder schriftlich gegenüber dem Vereinsvorstand zu äußern. Hierzu ist das Mitglied unter Einhaltung einer Mindestfrist von zehn Tagen schriftlich aufzufordern.
6. Die Entscheidung über den Ausschluss ist zu begründen und dem Mitglied schriftlich zu übermitteln. Gegen diese Entscheidung ist die Berufung innerhalb von vier Wochen nach Zugang beim Ehrenrat zulässig. Der Ehrenrat entscheidet endgültig.
7. Über die Berufung entscheidet der Ehrenrat innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Berufung nach einer Verhandlung, in welcher das ausgeschlossene Mitglied zu hören ist und zu der es mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich einzuladen ist.
8. Ein Mitglied kann auch ausgeschlossen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vereinsvorstand mit der Zahlung von beschlossenen Mitgliedsbeiträgen und Verbandsbeiträgen länger als drei Monate im Rückstand ist. Mahnungen haben schriftlich oder in anderer Textform (z.B. E-Mail etc.) zu erfolgen. Der Ausschluss darf durch den Vereinsvorstand mit einfacher Mehrheit erst beschlossen werden, wenn seit Absendung des zweiten Mahnschreibens, das den Hinweis auf den Ausschluss enthalten muss, mindestens zwei Monate vergangen sind. In diesem Fall ist eine Berufung des ausgeschlossenen Mitglieds beim Ehrenrat ausgeschlossen.
9. Mitglieder, die ein Amt im Vereinsvorstand oder in den Abteilungen des Vereins innehatten, und deren Mitgliedschaft gemäß obiger Bestimmungen erlischt, haben auf Verlangen des Vereinsvorstands Rechenschaft abzugeben. Sie oder deren Rechtsnachfolger sind verpflichtet, Vereinseigentum sowie alle in Ihrem Besitz befindlichen Aufzeichnungen zurückzugeben.
10. Weitere Ansprüche des Vereins bleiben auch nach Ausschluss des Mitglieds erhalten. Ansprüche gegenüber dem Verein müssen binnen sechs Wochen nach Erlöschen der Mitgliedschaft schriftlich geltend gemacht und begründet werden.

## **§ 12 Beiträge, Umlagen, Gebühren**

1. Von den Mitgliedern werden Vereinsbeiträge (Aufnahmebeitrag, Mitgliedsbeitrag) und Umlagen erhoben, deren Höhe nach Mitgliedergruppen unterschiedlich sein können. Die Unterschiede müssen sachlich gerechtfertigt sein.  
Einmalige Umlagen können zur Finanzierung besonderer Aufgaben oder Anschaffungen des Vereins erhoben werden. Sie dürfen maximal das Einfache des Jahres-Mitgliedsbeitrags betragen.
2. Höhe und Fälligkeit der Vereinsbeiträge und Umlagen für den Verein werden von der Mitgliederversammlung beschlossen.
3. Beitragsänderungen und zusätzliche Beiträge nach Ziffer 1 können auch rückwirkend zum 01.01. des Jahres beschlossen werden.
4. Die Mitgliederversammlung kann auf Antrag des Vereinsvorstands eine Beitragsordnung erlassen und darin Einzelheiten zum Beitragswesen des Vereins zu regeln.
5. Bei minderjährigen oder geschäftsunfähigen Mitgliedern haften deren gesetzliche Vertreter als Gesamtschuldner für deren Beitragspflichten.

- 
6. Für besondere Kurse sind Gebühren zu zahlen, deren Höhe für Mitglieder und Nichtmitglieder unterschiedlich sein können. Die Gebühren werden vom Vereinsvorstand beschlossen.
  7. Alle Vereinsbeiträge sowie Umlagen werden im SEPA-Lastschriftverfahren erhoben. Die Zahlungstermine werden in der Beitragsordnung geregelt.

### **§ 13 Rechte der Mitglieder**

Die Mitglieder sind berechtigt,

- a) im Rahmen des Vereinszwecks an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen sowie den Sport im Rahmen der Möglichkeiten aktiv auszuüben, zu denen sie sich gemeldet haben;
- b) die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der hierfür bestehenden Bestimmungen zu nutzen,
- c) durch Ausübung des Stimmrechts an den Beschlussfassungen und Beratungen der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
- d) auch ohne Stimmrecht an der Mitgliederversammlung teilzunehmen,
- e) das sich aus seiner Mitgliedschaft ergebende Recht auf Mitwirkung an der Willensbildung im Verein wirkungsvoll auszuüben,
- f) vom Verein einen ausreichenden Versicherungsschutz nach den jeweils gültigen Bestimmungen bei Sportunfall zu verlangen.

### **§ 14 Pflichten der Mitglieder**

1. Jedes Mitglied ist insbesondere verpflichtet,
  - a) sich entsprechend der Satzung und der weiteren Ordnungen und Bestimmungen des Vereins zu verhalten,
  - b) das Ansehen des Vereins zu wahren,
  - c) nicht gegen die Interessen des Vereins zu handeln,
  - d) die gegenseitige Rücksichtnahme zu beachten,
  - e) die Einhaltung gemeinsamer Wertvorstellungen zu achten,
  - f) dem Verein Änderungen der Anschrift und Kontoverbindung zeitnah mitzuteilen,
  - g) dem Verein nach Möglichkeit die jeweils aktuelle E-Mail-Adresse zeitnah mitzuteilen und damit der Zustellung von Mitteilungen des Vereins (auch der Einladung zur Mitgliederversammlung) auf diesem Weg zuzustimmen,
  - h) die durch eigenes Verschulden entstandenen Verbandsstrafen und Gebühren dem Verein zu erstatten,
  - i) an allen sportlichen Veranstaltungen nach Kräften mitzuwirken, zu deren Teilnahme es sich verpflichtet hat,
  - j) bis auf Widerruf damit einverstanden zu sein, dass auf satzungsgemäßen Veranstaltungen und Wettkämpfen des Vereins erstelltes Film- und Bildmaterial sowie personenbezogene Daten, für den Verein kostenfrei, für den Internetauftritt sowie für die Erstellung von Werbemitteln und einer Vereinszeitschrift sowie die Übermittlung an Print- und Telemedien sowie elektronische Medien genutzt werden kann.
2. Der Vereinsvorstand kann durch Beschluss, im Rahmen der Satzung, Mitglieder ganz oder teilweise von ihren in Ziffer 1 genannten Pflichten freistellen.

### **§ 15 Stimmrecht und Wählbarkeit**

1. Jedes ordentliche Mitglied hat mit Vollendung des 16. Lebensjahres eine Stimme in der Mitgliederversammlung.  
Gesetzliche Vertreter haben kein Stimmrecht, jedoch Anwesenheitsrecht.  
Das Stimmrecht juristischer Personen wird durch eine vertretungsberechtigte Person ausgeübt.
2. Als Organmitglied haben auch Nichtmitglieder eine Stimme in der Vereinsvorstandssitzung als gewähltes Mitglied des Vereinsvorstands.
3. Ein Mitglied ist nicht stimmberechtigt, wenn die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit ihm oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits zwischen ihm und dem Verein betrifft. Ebenso hat es kein Stimmrecht, wenn die Beschlussfassung den eigenen Ausschluss aus dem Verein betrifft.
4. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
5. Wählbar sind Mitglieder und Nichtmitglieder mit Vollendung des 18. Lebensjahres.

- 
6. Gewählt werden kann nur, wer vor der Wahl sein Einverständnis erklärt hat. Bei Abwesenheit muss das schriftliche Einverständnis vorliegen.

## **§ 16 Organe**

Die Organe des Vereins sind

- a) die Mitgliederversammlung,
- b) der Vereinsvorstand,
- c) der Ehrenrat.

## **§ 17 Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich im ersten Quartal statt.
2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von dreißig Prozent der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt wird.

## **§ 18 Einberufung der Mitgliederversammlung**

1. Termin und Ort der Mitgliederversammlung sind mindestens zwei Monate vorher auf einer Internetseite des Vereins ([www.jcpeine.de](http://www.jcpeine.de)) und wenn möglich auf den Mitteilungstafeln beim Training anzukündigen. Ebenso ist das Datum bekannt zu geben, bis zu dem Anträge eingereicht werden müssen.
2. Die Einberufung erfolgt durch den Vereinsvorstand mit einer Einladungsfrist von mindestens drei Wochen auf gleichem Weg wie die Ankündigung unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung, des Versammlungsortes und Versammlungszeitpunktes. Mit der Einberufung ist anzugeben, wie und wo fristgerecht eingereichte Anträge eingesehen werden können (z.B.: Internet, Geschäftsstelle, Vereinsvorstandsmitglieder).
3. Die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung hat schriftlich oder in anderer Textform (z.B. E-Mail etc.) mit gleicher Einladungsfrist zu erfolgen. Die Einberufung auf Verlangen von Vereinsmitgliedern hat mit gleicher Einladungsfrist in angemessener Zeit nach dem Verlangen durch den Vereinsvorstand schriftlich oder in anderer Textform (z.B. E-Mail etc.) zu erfolgen.
4. Auf begründeten schriftlichen Antrag eines Mitglieds erhält dieses die Einladung mit Anlagen.
5. Falls schriftlich oder in anderer Textform (z.B. per E-Mail etc.) eingeladen wird, gilt das Einladungsschreiben dem Mitglied als zugegangen, wenn die Einladung zwei Werkstage vor Beginn der Einberufungsfrist unter der dem Verein zuletzt schriftlich mitgeteilten Anschrift oder E-Mail-Adresse des Mitglieds zur Post gegeben oder abgesandt worden ist.

## **§ 19 Anträge an die Mitgliederversammlung**

1. Antragsberechtigt sind die ordentlichen Mitglieder, die Ehrenmitglieder und die Organe des Vereins sowie die Kassenprüfer.
2. Anträge, über die in der Mitgliederversammlung beschlossen werden soll, sind vom Antragsteller in schriftlicher Form mit Begründung mindestens sechs Wochen vor der Mitgliederversammlung an den Vereinsvorstand zu richten.
3. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren oder den Mitgliedern in anderer geeigneter Form zur Verfügung gestellt wurden.
4. Verspätet eingereichte Anträge können als Dringlichkeitsanträge eingebracht und zur Abstimmung gebracht werden, wenn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen die Dringlichkeit bejaht wird.
5. Dringlichkeitsanträge sind unzulässig, wenn sie mit Satzungsänderungen, Beitragsänderungen oder sonstigen wirtschaftlichen oder finanziellen Auswirkungen für Vereinsmitglieder oder Verein verbunden sind.
6. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vereinsvorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

- 
7. Über die Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die zu Beginn der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
  8. Nach Genehmigung der Tagesordnung zu Beginn der Versammlung müssen später gestellte Anträge auf Ergänzung oder Änderung der Tagesordnung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen genehmigt werden.

## **§ 20 Zuständigkeiten der Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste beschlussfassende Organ des Vereins und ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden. Sie beschließt über Aufgaben und Ziele des Vereins, seine Organisation und bestimmt die allgemeinen Richtlinien der Vereinsarbeit.
2. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist insbesondere zuständig für
  - a) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vereinsvorstands,
  - b) die Entgegennahme des Kassenberichts für das abgelaufene Geschäftsjahr,
  - c) die Entgegennahme des Kassenprüfungsberichts,
  - d) die Festsetzung der Vereinsbeiträge und deren Fälligkeit,
  - e) die Genehmigung des Haushaltsplans für das laufende Geschäftsjahr (gleichzeitig Rahmenplan für das folgende Geschäftsjahr),
  - f) Genehmigung von Darlehnernaufnahmen,
  - g) die Beteiligung an Gesellschaften,
  - h) die Entlastung und Wahl des Vereinsvorstands,
  - i) die Wahl der Kassenprüfer,
  - j) die Wahl des Ehrenrats,
  - k) die Abberufung von Vereinsvorstandsmitgliedern,
  - l) die Ernennung von Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern,
  - m) die Beschlussfassung über Anträge, sofern nicht ein anderes Vereinsorgan zuständig ist,
  - n) die Satzungsänderungen,
  - o) die Auflösung des Vereins.
3. Die Zuständigkeit und die Tagesordnung der außerordentlichen Mitgliederversammlung richten sich nach dem Grund ihrer Einberufung.

## **§ 21 Ablauf und Beschlussfassung der Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung wird vom Vereinsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vereinsvorsitzenden, oder von einem mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählenden Versammlungsleiter geleitet.
2. Die Mitgliederversammlung ist bei ordnungsgemäßer Einladung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
3. Beschlüsse können nur über Sachverhalte erfolgen, die bei der Einladung (Tagesordnung) genannt wurden.
4. Eine geheime schriftliche Abstimmung über einen Antrag erfolgt nur, wenn diese von einem Drittel der abgegebenen Stimmen verlangt wird.
5. Bei Wahlen findet eine geheime Wahl statt, wenn dieses von einem stimmberechtigten Versammlungsteilnehmer verlangt wird oder wenn für ein Amt mehrere Vorschläge vorliegen.
6. Wenn sich für ein Amt mehr als zwei Kandidaten bewerben und im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten mit den beiden höchsten Stimmzahlen statt.
7. Blockwahlen sind zulässig, sofern nicht ein stimmberechtigter Versammlungsteilnehmer dagegen ist.

## **§ 22 Vereinsvorstand**

1. Der Vereinsvorstand besteht aus dem/den
  - a) Vorsitzenden,
  - b) stellvertretenden Vorsitzenden,
  - c) stellvertretenden Vorsitzenden Finanzen,
  - d) stellvertretenden Vorsitzenden Verwaltung,
  - e) stellvertretenden Vorsitzenden Öffentlichkeitsarbeit,
  - f) stellvertretenden Vorsitzenden Sportgeräte,

- 
- g) stellvertretenden Vorsitzenden Gleichstellung,  
h) zwei stellvertretende Vorsitzende Jugend.
2. Verschiedene Vereinsvorstandsräte können nicht in einer Person vereinigt werden.
3. Der Vereinsvorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt.
4. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind alle Mitglieder des Vereinsvorstands nach Ziffer 1, die je zwei gemeinsam den Verein gerichtlich und außergerichtlich vertreten.  
Ist eine Willenserklärung gegenüber dem Verein abzugeben, genügt die Abgabe gegenüber einem Vereinsvorstandsräte.
5. Im Innenverhältnis zwischen Vereinsvorstand und Verein gilt, dass der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende Finanzen den Verein gemeinsam vertreten.  
Wenn ein Mitglied des Vereinsvorstandes nach § 26 BGB während der Amtsperiode zurückgetreten oder aus anderen Gründen an der Wahrnehmung seines Amtes tatsächlich gehindert ist, wird dieses wie folgt vertreten:
- a) Der Vorsitzende zuerst durch den stellvertretenden Vorsitzenden, danach durch den stellvertretenden Vorsitzenden Öffentlichkeitsarbeit, den stellvertretenden Vorsitzenden Sportgeräte, zuletzt durch einen der stellvertretenden Vorsitzenden Jugend.
- b) Der stellvertretende Vorsitzende Finanzen zuerst durch den stellvertretenden Vorsitzenden, danach durch den stellvertretenden Vorsitzenden Verwaltung, zuletzt durch einen der stellvertretenden Vorsitzenden Jugend.
6. Der Vereinsvorstand führt die Geschäfte des Vereins im Sinne der Satzung und nach Maßgabe der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.  
Er erledigt alle Vereinsaufgaben, soweit sie satzungsgemäß nicht anderen Vereinsorganen vorbehalten sind und hat in eigener Verantwortung den Verein zu führen, wie es der Vereinszweck zur Förderung der Mitglieder und des Sports erfordert.  
Hierbei ist zu beachten:
- a) Über Verträge jeder Art, durch die der Verein zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet wird, oder durch die er wiederkehrende Einnahmen erzielt, ist die Mitgliederversammlung zu unterrichten.
- b) Für eine oder mehrere Darlehnsaufnahmen ist die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich.
- c) Die Beteiligung an Gesellschaften bedarf der Zustimmung der Mitgliederversammlung.
7. Der Vereinsvorstand kann mit Zustimmung der Mitgliederversammlung eine Geschäftsstelle einrichten, die von einem nebenberuflichen Angestellten geleitet wird und im Auftrag des Vereinsvorstandes handelt. Ein Beschäftigter der Geschäftsstelle wird vom Vereinsvorstand eingestellt und entlassen. Der Vorstand nach § 26 BGB nimmt die Arbeitgeberfunktion wahr.
8. Die Vereinsvorstandssitzung wird einberufen und geleitet vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden.
9. Die Einladung hat mit einer Frist von mindestens einer Woche, schriftlich oder in anderer Textform und mit Tagesordnung, zu erfolgen.
10. Der Vereinsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
11. Bei Eilbedürftigkeit können Beschlüsse des Vereinsvorstands auch auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vereinsvorstandsräte ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären. Diese gefassten Vereinsvorstandsbeschlüsse sind anschließend schriftlich niederzulegen.
12. Der Vereinsvorstand kann Teilaufgaben der Vereinsführung verantwortlich auf Mitglieder übertragen und ist berechtigt, für bestimmte Zwecke Ausschüsse oder Beauftragte einzusetzen.
13. Der Vereinsvorstand kann Mitglieder, die wiederholt gegen ihre Pflichten verstößen, mit geeigneten Disziplinarstrafen belegen, wie
- a) Verwarnungen,  
b) Verweise,  
c) Aberkennung der Fähigkeit, ein Vereinsamt zu bekleiden, mit sofortiger Suspendierung,  
d) Ausschluss von der Teilnahme am Sportbetrieb auf Zeit.
14. Soweit sich die Aufgaben nicht aus der Amtsbezeichnung ergeben, wird die Aufgabenverteilung innerhalb des Vereinsvorstands in einer Geschäftsordnung oder einem Geschäftsverteilungsplan geregelt, die/der vom Vereinsvorstand nach seiner Wahl beschlossen wird.
15. Bei Ausscheiden eines Vereinsvorstandsrätes oder bei Nichtbesetzung einer Funktion kann sich der Vereinsvorstand bis zur nächsten Mitgliederversammlung durch Vereinsvorstandsbeschluss selbstständig ergänzen. Die Ergänzung ist allerdings auf zwei Personen begrenzt.
16. Der Vereinsvorstand erstellt den Haushaltsplan und legt diesen der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vor.

- 
17. Der Vereinsvorstand berichtet der Mitgliederversammlung über seine Tätigkeit und legt ihr den Kassenbericht für das abgelaufene Jahr vor.

### **§ 23 Ehrenrat**

1. Der Ehrenrat setzt sich zusammen aus
  - a) einem Vorsitzenden,
  - b) einem stellvertretenden Vorsitzenden,
  - c) drei weiteren Mitgliedern.
2. Die Mitglieder des Ehrenrats müssen volljährig sein und zwei von ihnen sollten das 40. Lebensjahr vollendet haben.
3. Mitglieder des Ehrenrats dürfen nicht Mitglied des Vereinsvorstands sein.
4. Die Mitglieder des Ehrenrats werden von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre gewählt. Wiederwahl ist unbegrenzt zulässig.
5. Der Ehrenrat ist mit drei Mitgliedern, unter denen sich der Vorsitzende oder stellv. Vorsitzende des Ehrenrats befinden muss, beschlussfähig.

### **§ 24 Aufgaben des Ehrenrats**

1. Der Ehrenrat ist als Berufungs- und Entscheidungsinstanz insbesondere zuständig für
  - a) die Schlichtung oder Entscheidung von/über Streitigkeiten und Satzungsverstöße innerhalb des Vereins, soweit der Vorfall mit der Vereinszugehörigkeit im Zusammenhang steht und nicht die Zuständigkeit einer Rechtsinstanz eines Fachverbandes gegeben ist;
  - b) die endgültige Entscheidung über Vereinsausschlüsse nach Berufungen (Verfahren siehe §11, Ziffer 7 - 8),
  - c) die Entscheidung bei Berufungen von Vereinsmitgliedern gegen auferlegte Disziplinarstrafen durch den Vereinsvorstand.
2. Der Ehrenrat tritt auf Antrag eines Vereinsmitgliedes oder des Vereinsvorstands zusammen.
3. Er beschließt nach mündlicher Verhandlung.
4. Der Ehrenrat hat vor seiner Entscheidung die Betroffenen anzuhören.
5. Die Entscheidung des Ehrenrats ist dem Betroffenen schriftlich zuzustellen und zu begründen. Eine Ausfertigung erhält der Vereinsvorstand zur Kenntnis.
6. Der ordentliche Rechtsweg ist bis zur Entscheidung des Ehrenrats ausgeschlossen.

### **§ 25 Eigenständigkeit der Jugend**

1. Zur Vereinsjugend gehören alle Kinder und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sowie die gewählten und berufenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Vereinsjugendarbeit.
2. Sie wird geleitet von den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Jugend. Diese werden von der Mitgliederversammlung gewählt und vertreten die Interessen der Jugend im Vereinsvorstand.

### **§ 26 Amtsdauer**

1. Gewählt werden Organmitglieder für zwei Jahre.
2. Jedes Amt im Verein beginnt mit der Annahme der Wahl.
3. Jedes Amt im Verein endet mit dem Rücktritt, der Abberufung oder der Annahme der Wahl durch den neu gewählten Nachfolger.  
Ein Rücktritt ist gegenüber dem Vereinsvorstand schriftlich zu erklären.  
Der Rücktritt vom Vereinsvorstandamt nach § 26 BGB kann nur durch schriftliche Erklärung gegenüber einem anderen Vereinsvorstandsmitglied oder zu Protokoll in der Mitgliederversammlung erklärt werden.
4. Wiederwahl ist unbegrenzt zulässig.

### **§ 27 Protokollierung von Beschlüssen**

1. Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung, des Vereinsvorstands und der Ausschüsse ist ein Ergebnis-Protokoll anzufertigen.
2. Das Protokoll ist von dem jeweiligen Versammlungsleiter bzw. Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.
3. Das Protokoll muss folgende Angaben enthalten:

- a) Ort und Zeit der Versammlung/Sitzung,
- b) Versammlungsleiter bzw. Sitzungsleiter,
- c) Protokollführer,
- d) Zahl der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder der Mitgliederversammlung,
- e) Namen der anwesenden Personen bei Sitzungen der übrigen Organe,
- f) Tagesordnung,
- g) Die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung,
- h) Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung anzugeben.
4. Das Protokoll der Mitgliederversammlung ist innerhalb von fünf Wochen nach der Versammlung auf einer Internetseite des Vereins ([www.jcpeine.de](http://www.jcpeine.de)) zu veröffentlichen oder an diesen Stellen anzugeben, wo das Protokoll eingesehen bzw. eine Abschrift angefordert werden kann.
5. Die Protokolle der übrigen Vereinsorgane sind den Organmitgliedern innerhalb von drei Wochen nach der Sitzung zu übersenden.
6. Einwände gegen ein Protokoll können innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung oder Übersendung gegenüber dem Sitzungs-/Versammlungsleiter schriftlich und mit Begründung vorgebracht werden. Falls keine Einwände erhoben wurden, gilt das Protokoll als angenommen. Über vom Sitzungs-/Versammlungsleiter und Protokollführer nicht akzeptierte Einwände ist auf der nächsten Sitzung/Versammlung zu entscheiden. Nach erfolgter Änderung aufgrund von Einwänden ist eine neue Veröffentlichung oder Übersendung nach Ziffer 4 erforderlich.

## **§ 28 Versammlungsordnung**

1. Wenn in dieser Satzung nicht Anderes festgelegt bzw. gesetzliche Vorschriften etwas Anderes bestimmen, gelten für alle Sitzungen und Versammlungen des Vereins folgende Regelungen:
  - a) Die Einladung bzw. Einberufung erfolgt schriftlich oder in anderer Textform (z.B. E-Mail etc.) mit Angabe der Tagesordnung,
  - b) Sitzungen und Versammlungen des Vereins sind nicht öffentlich,
  - c) Die Öffentlichkeit oder die Anwesenheit bestimmter Personen kann beschlossen werden,
  - d) Alle Versammlungen und Sitzungen sind bei ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig,
  - e) Die Abstimmungen und Wahlen finden offen statt,
  - f) Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag oder Wahlvorschlag abgelehnt.
  - g) Geheime Wahl und Abstimmung erfolgen, wenn ein anwesendes stimmberechtigtes Mitglied dieses verlangt.
  - h) Bei der Mitgliederversammlung ist eine Anwesenheitsliste zu führen.
2. Falls schriftlich oder in anderer Textform (z.B. per E-Mail etc.) eingeladen wird, gilt das Einladungsschreiben dem Mitglied als zugegangen, wenn die Einladung zwei Werktagen vor Beginn der Einberufungsfrist unter der dem Verein zuletzt schriftlich mitgeteilten Anschrift oder E-Mail-Adresse des Mitglieds zur Post gegeben oder abgesandt worden ist.

## **§ 29 Haftung, Haftungsbeschränkungen**

1. Der Verein haftet nicht für Schäden oder Verluste, die Mitglieder oder Nichtmitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen und Geräten des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden oder Verluste nicht durch Versicherungen gedeckt sind oder durch Verschulden dem Verein angelastet werden können.
2. Die aktiven Mitglieder genießen jedoch den Schutz der jeweiligen Sportunfallversicherung.
3. Für durch das Mitglied oder Nichtmitglied grob fahrlässig oder vorsätzlich herbeigeführte Beschädigung des Vereinseigentums oder fremden Eigentums hat dieses dem Verein vollen Schadensersatz zu leisten.
4. Ehrenamtlich Tätige haften für Schäden, die sie in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, nur bei Vorliegen von Vorsatz.

## **§ 30 Kassenprüfung**

1. Die Mitgliederversammlung wählt drei geeignete Personen als Kassenprüfer. Diese dürfen nicht Mitglied des Vereinsvorstands oder des Ehrenrats sein.  
Wiederwahl ist unbegrenzt zulässig.  
Nach Möglichkeit sollte eine Kassenprüfung durch alle drei, mindestens aber durch zwei Kassenprüfer erfolgen.

- 
2. Die Kassenprüfer haben mindestens einmal im Geschäftsjahr eine Kassenprüfung durchzuführen. Dabei haben sie die Kasse des Vereins einschließlich der Konten, Bücher, Kassenbelege, Vermögensaufstellung und Rechnungsabschluss oder Bilanz sachlich und rechnerisch zu prüfen.
  3. Aufgabe der Kassenprüfer ist es auch, mögliche formelle und wirtschaftliche Mängel aufzuzeigen und Empfehlungen einzubringen.
  4. Über die Prüfungen ist Protokoll zu führen und dem Vereinsvorstand ein schriftlicher Bericht vorzulegen.
  5. Die Kassenprüfer erstatten der Mitgliederversammlung einen Prüfungsbericht und beantragen bei ordnungsgemäßer Führung der Kassengeschäfte die Entlastung des Vereinsvorstands.
  6. Der Prüfungsbericht für die Mitgliederversammlung ist rechtzeitig vorher dem Vereinsvorstand zur Kenntnis zu geben.

### **§ 31 Ordnungen**

Zur Ordnung des Vereinslebens können Ordnungen erlassen werden. Diese sind nicht Bestandteil der Satzung, dürfen aber nicht im Widerspruch zu dieser stehen. Ordnungen und ihre Änderungen werden auf Antrag des Vereinsvorstands durch die Mitgliederversammlung beschlossen, soweit diese Satzung keine anderweitige Zuständigkeit regelt.

### **§ 32 Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten**

1. Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt Daten seiner Mitglieder, von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern, Funktionsträgern, Schieds-/Kampfrichtern und Übungsleitern/Trainern nur für die Erfüllung seiner satzungsmäßigen Zwecke. Die insoweit relevanten Daten werden in der Geschäftsstelle des Vereins oder bei einer durch den Vereinsvorstand beauftragten Person gespeichert.
2. Darüber hinaus erfolgt die Verarbeitung und Nutzung dieser Daten, soweit es zur Wahrung berechtigter Vereinsinteressen erforderlich ist oder wenn es sich um allgemein zugängliche Daten handelt und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt.
3. Die Daten werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor dem Zugriff Dritter geschützt.
4. Zur Überwachung der Datenschutzbestimmungen kann vom Vereinsvorstand ein Datenschutzbeauftragter bestellt werden, der nicht dem Vereinsvorstand angehören darf.

### **§ 33 Weitergabe von Daten**

1. Die gespeicherten Daten werden zur Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke des Vereins mit der ausdrücklichen Maßgabe, dass die Daten nicht für andere Zwecke verwendet werden, den zuständigen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern des Vereins zur Verfügung gestellt.
2. Als Mitglied des Landessportbundes, des Kreissportbundes und von Landes- oder Bundesfachverbänden stellt der Verein die zur Sicherung der satzungsmäßigen Zwecke dieser Organisationen notwendigen Daten zur Verfügung.
3. Der Verein darf die notwendigen Daten an ein Kreditinstitut übermitteln, um die kosten- und zeitsparende Möglichkeit des Lastschriftverfahrens bei Zahlungen an den Verein zu nutzen.

### **§ 34 Veröffentlichung von Daten**

Von den Vereinsmitgliedern, ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern, Funktionsträgern, Schieds-/Kampfrichtern und Übungsleitern/Trainern werden für die Dauer der Funktion bestimmte Kontakt- und Kommunikationsdaten wie zum Beispiel Telefon-, Mobiltelefonnummer sowie E-Mail-Adresse gespeichert. Diese werden vom Verein an die Personen und Institutionen übermittelt, die diese Daten zur Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Vereins benötigen.

Die Betroffenen können jederzeit der Nutzung ihrer Daten widersprechen und eine Löschung verlangen, dem der Verein zu entsprechen hat.

### **§ 35 Dauer der Datenspeicherung**

Daten von Vereinsmitgliedern, Funktionsträgern, Schieds-/Kampfrichtern und Übungsleitern/Trainern werden nach Austritt aus dem Verein bzw. Beendigung der Tätigkeit



---

gelöscht, sobald ihre Kenntnis nicht mehr erforderlich ist. Daten, die einer gesetzlichen oder satzungsmäßigen Aufbewahrungspflicht unterliegen, werden für die weitere Verwendung gesperrt und nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist entsprechend Satz 1 gelöscht.

### **§ 36 Anrufung ordentlicher Gerichte**

1. Die Anrufung ordentlicher Gerichte ist erst zulässig, wenn die Rechtsinstanzen des Vereins ausgeschöpft sind.
2. Beschlüsse von Vereinsgremien können nur innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Beschlussfassung gerichtlich angefochten werden. Verstößt ein Beschluss jedoch gegen eine Rechtsvorschrift, auf deren Einhaltung nicht rechtswirksam verzichtet werden kann, darf die Nichtigkeit des Beschlusses auch ohne gerichtliche Anfechtung jederzeit geltend gemacht werden.

### **§ 37 Satzungsänderungen**

1. Für Satzungsänderungen ist bei der Mitgliederversammlung eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.
2. Der Vereinsvorstand ist ermächtigt, Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden zur Eintragung gefordert werden, eigenständig durchzuführen.
5. Diese Satzungsänderungen müssen den Vereinsmitgliedern spätestens mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung mitgeteilt werden.

### **§ 38 Auflösung des Vereins**

1. Die Auflösung des Vereins kann nur auf einer besonders zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
2. Der Beschluss über die Auflösung des Vereins bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.
3. Sofern die Mitgliederversammlung nicht Anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende Finanzen gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
4. Die vorstehende Vorschrift gilt entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird, seine Rechtsfähigkeit verliert oder mit einem anderen Verein verschmolzen werden soll.

### **§ 39 Anfallsberechtigung**

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Peine die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zur Förderung des Amateursports zu verwenden hat.

### **§ 40 Salvatorische Klausel**

1. Sollten sich einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise als unwirksam oder undurchführbar erweisen oder infolge Änderungen der Gesetzgebung nach Satzungsunterzeichnung unwirksam oder undurchführbar werden, bleiben die übrigen Bestimmungen und die Wirksamkeit der Satzung im Ganzen hiervon unberührt.
2. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll die wirksame und durchführbare Bestimmung treten, die dem Sinn und Zweck der richtigen Bestimmung möglichst nahe kommt.
3. Die undurchführbare oder unwirksame Bestimmung ist durch Beschluss der nächsten Mitgliederversammlung zu ersetzen.

### **§ 41 Inkrafttreten**

1. Diese Satzung ist in der vorliegenden Form von der Mitgliederversammlung des Vereins am 05. April 2017 beschlossen worden und tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
2. Die bisherige Satzung in der Fassung vom 12. März 2014 tritt gleichzeitig außer Kraft.